

**Valentina Ciranna**

## Thema 2

Der Philosoph, der in der Öffentlichkeit eingreifen will, ist kein Philosoph mehr, sondern Politiker; er will nicht mehr nur Wahrheit, sondern Macht.

Hannah Arendt: Wahrheit und Politik. In: Zwischen Vergangenheit und Zukunft. 2000, S. 338

Die Faust kracht mit dem Schwung eines Sturzflugs auf das Nasenbein des Gefangenen. Der Knacks des splitternden Knochens. Ein ersticktes Keuchen, das von den nackten Zellenwänden widerhallt, während ein alles betäubendes Machtgefühl sich im Magen des Schlägers ausbreitet wie brennender Schnaps. Jeglicher moralische Zweifel wird von den Triumphschreien des Adrenalins übertönt und zerbricht in der Ekstase der Überlegenheit, wie der Knochen des wimmernden Gefängnisinsassen, der in seinem Leben nichts weiter verbochen hat, als sich freiwillig für ein soziales Experiment zu melden. So wurde er in eine Gefängniszelle gesperrt und dem Despotismus eines Fremden ausgesetzt, welcher sich im Rahmen der Studie plötzlich in einer Machtposition wiederfand und, ähnlich wie weitere Teilnehmer, diese im Hinblick auf die von seiner Gnade abhängigen Gefangenen ausnutzte. Das Versuchsergebnis ist klar: Wird sich ein Mensch seines Einflusses bewusst, so wird er nicht zweifeln, davon Gebrauch zu machen und auch nicht davor zurückschrecken, die eigene Macht als Mittel zur Unterdrückung Unschuldiger zu missbrauchen.

Doch trifft das Ergebnis des Experiments auf alle Bevölkerungsschichten, auf jedes Individuum unserer menschlichen Spezies zu? Wird jeder/jede von uns vom Verlangen nach Macht gequält wie von einem Durst, den es nur durch den Barbarismus anderen gegenüber als reinen Beweis der eigenen Stärke zu stillen gelingt?

Die Philosophin Hannah Arendt etwa behauptete angesichts der Ereignisse des 20. Jahrhunderts Folgendes: „Der Philosoph, der in der Öffentlichkeit eingreifen will, ist kein Philosoph mehr, sondern Politiker; er will nicht mehr nur Wahrheit, sondern Macht.“

Um mit der Analyse dieses Zitats zu beginnen, ist zunächst eine Begriffsdifferenzierung vonnöten, welche es uns ermöglicht, den relativ abstrakten Ausdrücken der Aussage einen Rahmen zu verleihen. Demnach stellt Hannah Arendt in ihrer These der Wahrheit die Macht gegenüber und lässt damit das symbolische Bild einer Wegegabelung durchblicken, an der sich jeder Philosoph/jede Philosophin für einen Pfad entscheiden muss: Auf der einen Seite wird man von der Wahrheit erwartet, der unwiderlegbaren Wirklichkeit, des vollen Verständnisses der Realität und ihrer Verhältnisse, auf dessen Suche sich alle Philosophierenden begeben, während am Ende des zweiten

Wegs die Macht verlockend winkt. Von letzterer spricht man im Zusammenhang mit einem ungleichen sozialen Verhältnis, bei dem einer Person die Möglichkeit gewährt wird, über andere Menschen und deren Schicksal zu bestimmen und somit ihre persönliche Freiheit bis zu einem gewissen Grad einzuschränken, weshalb diesem Begriff generell eine negative Konnotation anhaftet.

Es ist laut Arendt der Wille, Macht zu besitzen und auszuüben, welcher einen Philosophen/eine Philosophin von einem Politiker/einer Politikerin unterscheidet, wobei es beim Ziehen einer klaren Trennlinie zwischen diesen beiden Domänen zu berücksichtigen gilt, dass diese tendenziell unterschiedliche Ziele verfolgen. Die Philosophie (griech. philos= Liebe, sophie= Weisheit, also Liebe zur Weisheit) ist auf der Suche nach Antworten auf rätselähnliche, weitläufige Fragen des Lebens wie „Was kann ich hoffen?“ oder „Was soll ich tun?“ und bemüht sich darum, durch kritisches Nachdenken und Hinterfragen die Position des Menschen auf dieser Welt zu verstehen sowie seine ideale Handlungsweise herauszukristallisieren.

Die Politik hingegen ist essenziell für das Lenken eines Staates, also einer Institution, welche das friedliche Zusammenleben einer mehr oder weniger heterogenen Gruppe von Menschen gesetzlich regelt und organisiert, wobei sie sich in direktem Bezug zum Volk befindet und von diesem abhängig ist, sei es durch die Zustimmung der Wähler in einer Demokratie oder durch den Gehorsam und Beugungswillen des Volkes in deiner Diktatur.

Es stellt sich nun die Frage, ob ein Philosoph/eine Philosophin sich zwangsläufig auf seine/ihre Disziplin beschränken muss, um nicht von der reinen Form der Philosophie abzukommen und in die Politik abzurutschen, beziehungsweise welche Leit motive diese Person zum Wunsch drängen, das öffentliche Leben aktiv mitzugestalten. Was darf ich wollen? Sind Wahrheit und Macht derart inkompatibel, dass sich Philosophie und Politik gegenseitig ausschließen?

Zu einer möglichen Beantwortung dieser Problemstellungen kann man in einem ersten Schritt mit dem berühmt-berüchtigten Zitat „Wissen ist Macht“ argumentieren, welches besonders in der antiken Auffassung eines gerechten Staates einen bedeutenden Stellenwert innehat. Demnach tritt die moderne Interpretation dieser Aussage, nämlich, dass gebildete Menschen mit breit gefächerten Kenntnissen ihre intellektuelle Überlegenheit in Bezug auf weniger geschulte Personen ausnutzen, um über diese zu dominieren, angesichts der These des Philosophen der griechischen Antike Platon in den Hintergrund. Seine Staatsphilosophie beinhaltet nämlich die Überzeugung, durch die Aufteilung der Menschen in Kategorien, welche keinesfalls willkürlich, sondern in Anbetracht der Talente und Fähigkeiten der Individuen erfolgen soll, eine gerechte Ordnung schaffen zu können. So würden laut dieser gesellschaftlichen Einteilung Menschen, die vom Pathos, also der Leidenschaft gelenkt werden sowie praktische Veranlagungen besitzen, die Gesellschaft als Bauern mit Nahrungsmitteln versorgen und damit voll und ganz in ihrem Element aufblühen, während die Rolle der Soldaten zur Verteidigung des Volks vor Feinden von mit Mut und Loyalität gesegneten Personen ausgeübt werden

würde. Auch diese könnten ihren mit in die Wiege gegebenen Fähigkeiten somit einen für die Sozietät sinnvollen Ausdruck verleihen. Die Führungsposition dieses imaginären Staates jedoch sollte laut antiker Weltanschauung von einem Philosophen bekleidet werden, also einer Person, die sich nicht davor scheut, Sachverhalte kritisch zu hinterfragen und vom Logos geleitet im Stande ist, weise Entscheidungen zu treffen und somit gerade durch ihr Wissen die Macht nicht für persönliche Zwecke verfolgt, sondern es als einzige versteht, so damit umzugehen, dass sich die Gerechtigkeit im gesamten Staat entfalten kann.

Scheint diese Staatsphilosophie in Anbetracht der Tatsache, dass sie von einem Philosophen, der einen solchen als Machthaber vorschlägt, stammt, auf den ersten Blick nicht gänzlich der Gerechtigkeit geweiht und schwingt sogar ein als Machthunger in seinem Anfangsstadium interpretierbarer Unterton mit, so gilt es zu bedenken, dass Sokrates mit seiner Aussage „Ich weiß, dass ich nichts weiß“ den menschlichen Wissensstand, welcher sich auch auf die Philosophen bezieht, treffend auf den Punkt gebracht und somit der Vorstellung eines omniszienten philosophierenden Herrschers den Wind aus den Segeln genommen hat. Nämlich ist es keiner Person möglich, die höchste Form des Wissens in ihrer Absolutheit zu begreifen oder zu erlernen, weshalb auch kein Philosoph/keine Philosophin allwissend sein kann und daher die gänzliche Macht über andere Menschen verdient.

Ein weiterer Denkansatz liegt in der Überzeugung, Idealisten verfielen der Verlockung der Macht am leichtesten, nicht etwa, weil sie der Macht mit dem Ziel nacheifern, andere für ihr persönliches Vergnügen zu unterdrücken und zu tyrannisieren, sondern weil das Gegenteil der Fall ist: Aufgrund der utopischen Vorstellung, in einer Machtposition die eigenen allgemeinnützigen Denkweisen in die Tat umsetzen und somit die Welt verbessern zu können, wären zahlreiche Philosophen einem beträchtlichen Anteil an staatlichem Mitsprache- und Bestimmungsrecht gewiss nicht abgeneigt. Als Beispiel für einen Denker, welcher seine Interpretation der gesellschaftlichen Missstände und darauf angepasste Maßnahmen zur Verbesserung dieser mit der Unterstützung einer gesamten sozialen Schicht in die Realität umsetzen wollte, kann etwa Karl Marx herangezogen werden, der Verfasser des „Kommunistischen Manifests“. Er wiederum kritisiert die Trennlinie, welche Hannah Arendt zwischen Philosophie und Politik mit ihrer Aussage zu ziehen gedenkt, indem er sagt, die Philosophen denken nur über die Welt nach, doch sie muss verändert werden. Dabei wirft er die Frage auf, wozu Moralphilosophie eigentlich nützt, wenn sie ausschließlich in den Köpfen der Philosophierenden oder deren Abhandlungen bestehen bleibt und die wahre Welt, die Öffentlichkeit niemals erreicht - gesellschaftliche Ungerechtigkeiten verändern sich kaum, während Philosophen und Philosophinnen sich die Köpfe darüber zerbrechen, was für eine Verbesserung der Zustände getan werden könnte und beim kleinsten Versuch, ihre Thesen in die Wirklichkeit umzusetzen sowie in das öffentliche Leben einzugreifen, als machthungrige Politiker abgestempelt werden. So erscheint es ungerecht,

Philosophen und Philosophinnen die Freiheit, für ihre Ideale in der Gesellschaft einzustehen, zu nehmen.

Im Gegensatz zu dieser Auffassung einer möglicherweise positiven Gebrauchsweise der Macht, welche ganz im Sinne des Utilitarismus für das Glück der größtmöglichen Anzahl an Individuen eingesetzt werden könnte, findet sich das Erreichen der Macht als Ziel in sich, als höchste Endabsicht einer Person, welche sich nicht um die Frage kümmert, in welche Richtung der politische Einfluss etwa gehen kann, sondern einzig und allein damit beschäftigt ist, diesen in einem ersten Moment zu erreichen und danach so lange wie möglich ungeteilt zu bewahren. Wie beispielsweise in Niccolò Machiavellis Werk nachzulesen ist, folgen zahlreiche Tyrannen im Versuch, ihre erlangte Machtposition aufrechtzuerhalten der Überzeugung „Der Zweck heiligt die Mittel“, wobei er ihnen in Anbetracht ihres Kampfes um das Behalten ihres Privilegs auch das Recht zugesteht, sich der Lüge zu bedienen, um das untergeordnete Volk zu beschwichtigen und Revolten zu vermeiden, sowie den Untertanen Maßnahmen zur Verbesserung ihres Zustands zu versprechen, die niemals in die Tat umgesetzt werden. Auch rechtfertigt Machiavelli die Anwendung von abschreckender Gewalt in Bezug auf die dem Herrscher Untergebenen, um diese mitleidlos zu Gehorsam und Ruhe zu zwingen. In solch einem Fall kann nicht bezweifelt werden, dass die Suche nach Wahrheit vom blinden Machthunger verdrängt worden ist.

Beschäftigt man sich mit dem Konzept der Macht sowie der Frage, ob Philosophie und das Bekleiden einer Machtposition, welche die Möglichkeit bietet, Veränderungen des öffentlichen Lebens vornehmen zu können, denn in Einklang gebracht werden können, so taucht als Lösungsvorschlag schlussendlich Hegels Dialektik auf, die zunächst in Form des Verhältnisses zwischen Herr und Knecht eine aufschlussreiche Überlegung bietet. Nämlich beruht laut der Überzeugung des Philosophen das Verhältnis zwischen einem befehlgebenden Herrn und dessen die Anweisungen ausführenden Knecht auf einer Basis des gegenseitigen Bewusstseins der Beziehung sowie auf Akzeptanz der jeweiligen Position. Beide Parteien müssen ihren sozialen Stand also anerkennen, um als Herr oder Knecht fungieren zu können, wobei im Laufe des natürlichen Befolgens beider Rollen eine Verschiebung im Machtverhältnis zwischen den beiden Personen stattfindet. Der Knecht eignet sich nämlich durch seine Arbeit eine große praktische Erfahrung sowie ein viel weitläufigeres Wissen als sein Herr an, welcher nur untätig Befehle gibt, sodass er letzterem theoretisch wieder überlegen ist.

Eine ähnlich dialektische Denkweise bezüglich Hannah Arendts Zitat könnte zu einer Versöhnung von Wahrheit und Macht, von Philosophie und Politik führen, was bedeutet, dass diese beiden Stufen ihren konfliktähnlichen Unterschied, ihre Trennlinie aufgeben und auf ein neues Niveau gehoben werden könnten, indem man die Vorstellung eines engagierten Philosophen/einer engagierten Philosophin, der/die auch nicht vor politischen Stellungnahmen oder gar Akten des Widerstands

zurückscheut, um persönlich vertretene philosophische Ansätze in Einklang mit der eigenen Lebensweise zu bringen, nicht länger als widersprüchlich, sondern vielleicht gar als erstrebenswert betrachtet. Wirft man einen kurzen Blick auf das Leben der Simone de Beauvoir oder die Biografie ihres Partners Jean-Paul Sartre, die sich einerseits für Frauenrechte und andererseits für den Widerstand im Zweiten Weltkrieg einsetzten und trotz dieser politischen Akte als bedeutende Philosophen in die Geschichte eingegangen sind, so erscheint diese Vorstellung, die sich gegen die Aussage der Hannah Arendt stellt, keinesfalls abwegig.

Zusammenfassend kann also behauptet werden, dass, während Platon eine antike Vorstellung eines gerechten Staates unter der Herrschaft eines weisen Philosophen, der anhand seines Wissens regiert, entwickelte, diese durch die Unmöglichkeit der absoluten Omniszienz an Glaubhaftigkeit verliert. Es sind uns sowohl Ansätze von Denkern bekannt, welche ihre Erkenntnisse zum Verbessern der Gesellschaft einsetzen wollen, die Macht also nur als Mittel betrachten, ihre sozialen Ideale durchzusetzen, während andere politischen Einfluss als höchstes Ziel ansehen, das es unbedingt und mit allen möglichen Mitteln zu erreichen und aufrechtzuerhalten gilt.

In der Frage, in welcher Beziehung die Philosophie denn zur Politik steht, kann man durch das Durchdenken einer hegelianischen Dialektik sowie ihres Endergebnisses, der Überwindung eines Kontrasts zwischen Philosophie und Macht durch ein politisches Engagement von Seiten von Philosophen, die sich auch gedanklich mit Moral beschäftigen, zu einem Kompromiss gelangen.